

© Oliver Fratke / Helmut und Loki Schmidt-Stiftung



Abschluss-Dokument Schmidt-Gespräch Nr. 1/2023

# Ost. Macht. West. – Wie wird in Europa der Krieg im Osten den Westen verändern?



[www.helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de](http://www.helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de)



## **Inhalt**

- 4 Schmidt-Gespräche: Zum Format
- 6 Schmidt-Gespräch Nr. 1 / 2023: Eckdaten
- 7 Das Schmidt-Gespräch Nr. 1 / 2023 führten
- 8 Zusammenfassung Schmidt-Gespräch Nr. 1 / 2023
  
- 16 Ausblick
  
- 19 Anlagen
  - 19 Anl. 1: Kurzbiografien der Teilnehmenden – Schmidt-Gespräch Nr. 1 / 2023
  - 23 Anl. 2: Textempfehlungen zum Schmidt-Gespräch Nr. 1 / 2023

## Schmidt-Gespräche: Zum Format

Die Helmut und Loki Schmidt Stiftung hat mit dem Format der Schmidt-Gespräche eine zukunftsgerichtete Nutzung des Schmidt Hauses in Langenhorn auf den Weg gebracht. Sie knüpft an die Nutzung des Hauses zu Lebzeiten der Schmidts an: Der Finanz- und Verteidigungsminister und spätere Kanzler Schmidt nutzte das Haus als Teil der politischen Kommunikation mit seinen Partnern. Die Bilder von Helmut Schmidt mit Gesprächspartnern wie Leonid Breschnew oder Giscard d'Estaing im Langenhorner Haus sind Teil unserer kollektiven Erinnerungen an die Zeit seiner Kanzlerschaft. Hannelore („Loki“) Schmidt nutzte das Haus für zahlreiche Kontakte im Umfeld ihrer naturkundlichen wissenschaftlichen Forschungen und ihres Engagements für den Naturschutz.

Mit der skizzierten Öffnung des Hauses für Kontakte des Kanzlers und seiner Frau nutzten die Schmidts ihr Haus als privat-öffentlichen Raum. Nach der Kanzlerschaft luden Helmut und Loki Schmidt regelmäßig die „Freitagsgesellschaft“ zu sich nach Hause ein: Ein Kreis von Frauen und Männern, der im Winterhalbjahr an jedem zweiten Freitag im Monat zusammenkam, um nach einer Einführung durch einen der Teilnehmenden über Themen aus Politik, Kultur oder Wirtschaft zu diskutieren oder auch Musikern und Musikerinnen zuzuhören.

An diese Traditionen knüpft die Stiftung an, die vor mehr als 30 Jahren von den Schmidts gegründet wurde. Sie brachten das schon damals bekannte Anwesen am Neubergerweg und später auch ihr Vermögen in die Stiftung ein. Zweck der Stiftung ist die Förderung von Wissenschaft, Forschung, Bildung und Kultur auch durch Nutzung des Hauses. Wir konnten mit den Schmidts ihre Ziele noch erörtern. Einer der ausdrücklich erklärten Wünsche war es, das Haus in Langenhorn als national und international bekannten Raum weiter mit Leben zu füllen.

Schon mit den ersten Veranstaltungen zu Klima- und Sicherheitsfragen entwickelten wir das Konzept, das Langenhorner Haus als Kommunikationsplattform nicht nur für Hamburger Akteure zu nutzen. Ziel ist die Förderung des unmittelbaren Gesprächs zu relevanten Themen zwischen Politik und öffentlichen Institutionen, Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Stiftung versteht ihre Rolle als Gastgeber der Gespräche und Dienstleister für den Diskurs, wobei uns stets der Einschluss der europäischen und internationalen Aspekte eines Themas wichtig ist.

Sich mit den innereuropäischen Folgen des Konfliktes nach dem russischen Angriff auf die Ukraine auseinanderzusetzen war eine Idee des Hauptgastes des dritten Schmidt-Gesprächs, Botschafter a.D. Janusz Reiter. So entstand der Kurztitel „Ost. Macht. West.“. Herr Reiter verkörpert selbst biographisch die Umbrüche in Osteuropa seit der Wende Ende der achtziger Jahre. Er ist mit seinen Erfahrungen aus Umbruchszeiten in Polen – damals in nicht spannungsfreiem Kontakt zu Helmut Schmidt – und dann als Botschafter Polens erst in Deutschland, dann in den USA ein überaus bereichernder Gesprächspartner. Die Stiftung dankt ihm für sein Engagement in der Vorbereitung. Weiter dankt die Stiftung Frau Staatsrätin Almut Möller, welche die Anregung zu dem Gespräch gab und den Kontakt zu Herrn Reiter vermittelte.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern danken wir für ihre jeweilige Vorbereitung auf das Gespräch und ihr engagiertes Mitwirken.

Die Stiftung wäre ohne professionelle Hilfe nicht in der Lage, ein derartiges Projekt zu bewältigen., Frau Prof. Barbara Hans bereicherte das Projekt durch ihre erneute Begleitung im Vorfeld und die Moderation. Die wissenschaftliche Vorbereitung, Organisation und Dokumentation des dritten Schmidt Gesprächs wurde von Dr.Schöne übernommen. Ihnen allen sei an dieser Stelle ausdrücklich gedankt.

**Stefan Herms**

Geschäftsführender Vorstand der  
Helmut und Loki Schmidt Stiftung

## Schmidt-Gespräch Nr. 1/2023: Eckdaten

Das erste Schmidt-Gespräch des Jahres 2023 fand am Donnerstag, den 23. März 2023 statt und trug den Titel „Ost. Macht. West. – Wie wird in Europa der Krieg im Osten den Westen verändern?“.

Auf Anregung der Staatsrätin für internationale Beziehungen in der Senatskanzlei Hamburg, Frau Almut Möller, konnte der frühere Botschafter Polens in Deutschland Janusz Reiter für das Schmidt-Gespräch gewonnen werden. Im Fokus sollte der sich jährnde Beginn des Ukraine-Kriegs und die daran anknüpfenden Diskussionen über die Positionierung der Europäischen Union gegenüber „dem Osten“ liegen.

Ziel des Schmidt-Gesprächs Nr. 1/2023 war eine möglichst vielseitige Betrachtung der Folgen des Krieges für Hamburg, Deutschland und die Europäische Union mit besonderer Fokussierung auf die Rolle Polens und auf die Perspektive des Ost-West-Verhältnisses in Europa. An der Diskussion nahmen neben Herrn Botschafter a.D. Reiter dreizehn weitere Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und der Medien teil. Die Teilnehmerliste ist als Anlage 1 angefügt.

Im Vorfeld des Gesprächs wurden die Teilnehmenden gebeten, eine Publikation anzugeben, der sie für die Debatte besondere Relevanz zumessen. Diese zugelieferten sowie weitere, von der Stiftung ausgewählte Beiträge wurden den Teilnehmenden vor dem Gespräch zur Verfügung gestellt. Eine Liste der Texte ist als Anlage 2 beigefügt.

## Das Schmidt-Gespräch Nr. 1 / 2023 führten:

- Anna Engelke, Redakteurin NDR (u.a Sicherheitspolitik)
- Hans-Georg Frey, Vorsitzender des Aufsichtsrats Jungheinrich AG
- Metin Hakverdi, Mitglied des Bundestages (u.a. Obmann im Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union)
- Stefan Herms, stellvertretender Vorstand und Geschäftsführer der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung
- Oliver Kohl, Generalmajor, Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr
- Markus Kotzur, Präsident des Europa Kollegs und Prodekan für Internationales und Forschung und Professor für Europa- und Völkerrecht, Fachbereich Jura der Universität Hamburg
- Katja Marx, Programmdirektorin NDR
- Almut Möller, Staatsrätin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten
- Sigrid Evelyn Nikutta, Vorstand Deutsche Bahn AG, CEO Schienengüterverkehr
- Janusz Reiter, Botschafter a.D. sowie Präsident und Gründer des Center for International Relations in Warschau
- Anna Sauerbrey, Journalistin (Koordination der Außenpolitik ZEIT)
- Detlev Wösten, Vorsitzender Verband der chemischen Industrie Landesverband Nord
- Moderation: Barbara Hans, Professorin für Medien- und Kulturmanagement der Hochschule für Musik und Theater Hamburg und Journalistin

## Zusammenfassung Schmidt-Gespräch Nr. 1 / 2023

Nach einer Begrüßung durch den Geschäftsführenden Vorstand der Helmut und Loki Schmidt Stiftung, Stefan Herms, führte Herr Botschafter a.D. Reiter im Rahmen eines Impulsvortrags in die Thematik ein. Ausgehend von seinen persönlichen Erfahrungen bei seinen ersten Hamburg- und Deutschlandbesuchen beschrieb er, dass und wie ihn die Wahrnehmung Polens in Deutschland seit jeher beschäftigt habe. Es sei Teil der deutsch-polnischen Beziehung, dass Polen und Ostmitteleuropa über lange Zeit politisch nicht als Partner auf Augenhöhe mit gleichberechtigten Interessen erachtet worden seien. Dies habe schon vor der Wende und der neugewonnenen Unabhängigkeit der ostmitteleuropäischen Staaten gegolten. Der Aufstieg der Solidarnosc-Bewegung im Jahr 1989 habe die Widersprüche der deutschen Ostpolitik offengelegt. Der Versuch des demokratischen Wandels von unten sei als Gefahr für die von den entspannungsfixierten deutschen Eliten bevorzugten Wandel von oben wahrgenommen worden. Das habe er auch in Gesprächen mit Ex-Kanzler Schmidt und Marion Gräfin Dönhoff in der ZEIT-Redaktion erlebt, obwohl die beiden gerade für Polen ein starkes Interesse gezeigt und für die deutsch-polnische Verständigung besonders viel getan hätten. Auch nach der Wende sei die Besorgnis – insbesondere Polens und der baltischen Staaten – wegen des aggressiven Potentials Russlands sowie die sicherheitspolitische Vorsicht Schwedens und Finnlands gegenüber Russland nicht ernst genommen worden. Der Fokus habe vielmehr auf Russland gelegen; die wirtschaftliche Verflechtung mit Russland sei als zentrales Element der Sicherheit gesehen worden. Der Krieg in der Ukraine sei insofern in jedweder Hinsicht ein Momentum für Deutschland und den Rest der Europäischen Union. Neben dem entsetzlichen Leid und den großen Herausforderungen könnten sich daraus aber – jedenfalls politisch – auch Chancen zur Neuausrichtung innerhalb der Europäischen Union ergeben.



*„Vielen Dank für den historischen Abriss und dass Sie die ZEIT-Redaktion als Beispiel genommen haben und nicht die SPD.“*

*Metin Hakverdi*

Bei der anschließenden Gesprächsrunde traten vier Hauptaspekte zu Tage: Erstens, welche Fragen stellen sich in wissenschaftlicher Hinsicht? Zweitens, welche politischen Perspektiven eröffnen sich: „Was gilt es nun zu tun“? Drittens, von welchen wirtschaftlichen Implikationen des Krieges ist auszugehen: Wo zeigen sich die größten Herausforderungen für die deutsche und europäische Wirtschaft? Viertens, was fällt in Bezug auf die mediale Rezeption auf: Werden „die Medien“ ihrem besonderen Erklärungsauftrag in Bezug auf den Krieg und seine Auswirkungen gerecht? Die Übergänge zwischen diesen Aspekten verliefen während des Gesprächs fließend. Stets erfolgte ein Rückbezug zu Herrn Botschafter a.D. Reiter und seiner Einschätzung als Experte (insbesondere) für die deutsch-polnische Perspektive. In der Gesamtschau stellten die Teilnehmenden wiederkehrend und zu jedem der genannten Betrachtungswinkel fest, dass die Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg massive Auswirkungen auf ganz Europa hätten und es sich nicht um Probleme nur für bzw. in Osteuropa handle.

*„Die Waffenlieferungen sind richtig, aber die Frage ist, wie es weitergeht und vor allem, wer mit wem diese Frage beantworten soll.“*

*Anna Engelke*



Im Zentrum stand eingangs die Frage, wo in Europa die Ressourcen zu suchen seien, um die Krisen des Krieges zu meistern – also: Welche Staaten könnten und sollten dabei eine besondere Rolle spielen? Traditionell starke mitteleuropäische Mächte seien durch interne politische und wirtschaftliche Probleme aktuell behindert (Italien, Frankreich) oder hätten sich aus dem Kernbereich europäischer Politik zurückgezogen (Großbritannien durch den Brexit). Dabei entwickelte sich Konsens darüber, dass jedenfalls diejenigen Länder, die aufgrund ihrer geopolitischen Eigenarten seit jeher Übereinstimmungen in der Einschätzung von Russland aufweisen, stärker einbezogen werden sollten. Die Wahrnehmung dieser Länder – insbesondere Polen, die Baltischen Staaten, Finnland und Schweden – sei politisch unterrepräsentiert. Dabei sei es zentral, das

Sicherheitsgefühl dieser Länder als erheblich zu erachten und deren Erfahrungen als europäische und für Gesamteuropa relevant einzuordnen. Diese Länder könnten helfen, die europäische Sicherheitspolitik (neu) zu gestalten und sie würden sich auch deutlich stärker in die Europäische Union einbringen wollen.

Die Teilnehmenden trieb vor diesem Hintergrund die unklare Führungsfrage innerhalb der Europäischen Union um. Man war sich einig, dass es eines „Architekten“ im Sinne des Entwurfes eines Politikbereich-übergreifenden Konzepts bedürfe. Deutschland wurde mehrfach als sog. Schlüsselland bezeichnet, auf dem große Erwartungen lägen, das aber Partner brauche.



*„Deutschland muss sicherlich mehr Führung übernehmen, kann aber nie alleine den Führungsanspruch erheben. (...) Ich glaube, es bedarf einer Kerngruppe aus drei bis sechs Staaten, die ein Mindestmaß an Einigkeit benötigt. Nur dann hat dieses Projekt politisch eine Chance.“*

*Detlev Wösten*

Uneinigkeit bestand zwischen den Teilnehmenden, welche Auswirkungen dies auf das in Deutschland über Jahrzehnte vorherrschende Prinzip des Strebens nach Wohlstand ohne Bereitschaft, Ressourcen aller Art in die Sicherheitspolitik zu investieren, haben könnte oder dürfte.

Zustimmung fand die These, dass gerade für Polen der Krieg an sich eine Gelegenheit sei, sich innerhalb der Europäischen Union mit stärkerem Gewicht und Gehör seitens der übrigen Mitgliedstaaten zu engagieren. Die polnische Politik sei allerdings derzeit sehr stark von einer Fokussierung auf innerpolnische Themen geprägt, wobei die breite Unterstützung in Polen sich sowohl humanitär als auch im engeren Sinne sicherheitspolitisch zu engagieren von allen Teilnehmenden positiv hervorgehoben wurde.

Konsens bestand im weiteren Verlauf des Gesprächs dahingehend, dass der Krieg als „Kippunkt“ zu betrachten sei. Es könne sich daraus in positiver Hinsicht die Chance ergeben, Differenzen zu überwinden.

*„Viele Menschen in Deutschland hatten in der Vergangenheit zu wenig die Chance, zu erkennen, dass wir in Wohlstand und Frieden leben konnten, weil an vielen Stellen sehr viel investiert wurde in diese Herstellung von Sicherheit. Gleichzeitig haben wir aber im Zweifel zu wenig selbst aufbringen müssen, dürfen, können – im Wandel der Jahrzehnte. Das muss man nun politisch adressieren. Gleichzeitig braucht die Politik Verständnis, dass es diese Mentalität in Deutschland gibt.“*

*Almut Möller*



Die Russlandfrage habe die Länder innerhalb der Europäischen Union und gerade Deutschland und Polen lange getrennt. Die viel zitierte Zeitenwende müsse indes auch in der Breite der Beziehungen (z. B. Wissenschaft, Bildung, Kultur) und nicht nur im Wirtschaftsbereich sowie nicht zuletzt auch in emotionaler Hinsicht erfolgen. Als wesentlichen Problemkreis definierten die Teilnehmenden in diesem Zusammenhang die in der Vergangenheit erfolgte Vernachlässigung der gesellschaftlichen Verstärkung der deutsch-polnischen Freundschaft. Dies nun nachzuholen sei mit intellektueller und politischer Anstrengung verbunden.

Große Zustimmung bestand dahingehend, dass eine erhebliche Herausforderung in der Langfristigkeit des erforderlichen Mentalitätenwechsels bestünde und dass dieses Problem noch verstärkt werden könnte durch eine etwaige Kriegsmüdigkeit in der

*„Vielleicht ist diese Krise auch eine Chance, um sich näher zu kommen. Diese Chance sollte man nicht verpassen“.*

*Janusz Reiter*





*„Interessant ist, dass wir vielleicht jetzt an einem Punkt sind, wo sich das deutsche und das polnische Russlandbild annähern könnten und man daraus ein gemeinsames politisches Ziel in Bezug auf zukünftige Beziehungen oder auch Nichtbeziehungen zu Russland formulieren kann.“*

*Anna Sauerbrey*

Bevölkerung. Man müsse sich langfristig darauf einstellen, dass neben der Klima-Krise plötzlich konkrete Stabilitäts- und sicherheitspolitische Herausforderungen ins Auge zu fassen seien. Immer wieder kamen die Teilnehmenden auf die Frage des deutsch-polnischen Verhältnisses zurück und diskutierten unter anderem, ob die Ukraine-Krise als gemeinsamer Fixpunkt im Sinne einer Handlungsorientierung dienen könne. Sie verdeutliche, dass es gemeinsame überstaatliche Herausforderungen gäbe, wie Klimakrise, Energieversorgung, Erhalt der Demokratie.

*„Hamburg hat regional vielleicht eine gute Verortung, um nach Institutionen zu suchen, die diesen Kipppunkt vermitteln können.“*

*Metin Hakverdi*



*„Es ändert sich etwas, aber wir sollten ständig hinterfragen, ob dieser Mentalitätswandel in Sachen Stabilität und Geopolitik wirklich tragfähig und kontinuierlich ist. Es muss den Menschen vermittelt werden, dass der Krieg einen Kipppunkt darstellt, ähnlich wie bei der Klimakrise. Das wird aber schwer werden, weil wir es lange nicht getan haben. Hier müssen wir sehr viel intensiver sowohl von Seiten der Bildungseinrichtungen, von Seiten der Wissenschaft, der Politik und auch letztendlich der Journalismus daran arbeiten.“*

*Markus Kotzur*

Es wurde zwischen den Teilnehmenden in diesem Zusammenhang diskutiert, ob und inwieweit großer äußerer Druck in anderen Politikbereichen zur Konfliktlösung geführt habe und ob dies auf den Ukraine-Krieg übertragbar sei. Einigkeit bestand, dass man sich in Deutschland sehr beeindruckt gezeigt habe, dass in den Nachbarländern Werte wie Freiheit hochgehalten werden – das führe zusammen.

*„Sind die Fixpunkte nicht jenseits von Staatsgrenzen zu suchen? Etwa Fragen von Klima, energiepolitischer Unabhängigkeit, Demokratie und der Verteidigung von Freiheit? Wenn es gelingen könnte, diese Fixpunkte in den Vordergrund zu rücken, um eine Verbindung zu schaffen von Deutschland und Polen...“*

*Katja Marx*



Stärker in den Fokus der Debatte rückte sodann, welche Auswirkungen der Krieg auf die transatlantischen Beziehungen Europas habe. Es wurde festgestellt, dass diejenigen Mitgliedstaaten in unmittelbarer Umgebung zu Russland seit jeher die Nähe zu den USA gesucht und neben einem „europäischen Europa“ immer auch ein „transatlantisches Europa“ angestrebt hätten. Dies sei ein Unterschied zu der europapolitischen Debatte, wie sie in Deutschland geführt werde. Es herrschte zwischen den Teilnehmenden weitestgehend Einigkeit, dass Lösungen aus europäischer Sicht mit amerikanischer Begleitung zu suchen sein werden. Zugleich sei aber die Frage aufzuwerfen, inwiefern Europa sicherheitspolitisch selbständiger werden könne.

In diesem Zusammenhang sei Aufbau und Anerkennung sicherheitspolitischer und militärischer Fachkompetenz notwendig. Man müsse sich mit der Langfristigkeit der Herausforderungen seriös auseinandersetzen, damit Politik entsprechende Impulse von Fachleuten aufgreifen könne.

*„Bei der Frage nach einer politischen Perspektive fragt man sich, ob es einen Anspruch nach einer Emanzipation Europas geben wird. Voraussetzung dafür ist sicherlich wirtschaftliche Leistungsfähigkeit.“*

*Detlev Wösten*



*„Jeder äußert sich nun mehr oder weniger fundiert zu Militärfragen ... Wir müssen dafür sorgen, dass auch militärische Optionen, die politisch gebraucht werden, sachgerecht entwickelt werden. Politik muss am Ende des Tages Impulse setzen und entscheiden können.“*

*Oliver Kohl*

Für Deutschland sahen die Teilnehmenden zudem die Problematik kontinuierlich schwächerer Zustimmung zu stärkerem außenpolitischem Engagement der Bundesrepublik.



*„Das ist besorgniserregend. Wir sind wohl ein furchtsames Land.“*

*Stefan Herms*

Die Erkenntnis, dass der Ukraine-Krieg ein elementares Bedürfnis nach eigenen Sicherheitskapazitäten zutage gebracht habe, leitete die Gesprächsrunde weiter zu der ebenfalls durch den Krieg deutlich gewordene Notwendigkeit, sich auch in wirtschaftlicher Hinsicht auf sich selbst zu besinnen. Man sei sich innerhalb der Europäischen Union weder des eigenen wirtschaftlichen und damit politischen Potenzials noch der Herausforderung seiner Gefährdung bewusst.

Besondere Zustimmung fand die Ansicht, dass die hohen Energiekosten zu den größten Herausforderungen im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Implikationen des Kriegs zählten. Es gälte, eine durch Abwanderung von Unternehmen wegen der hohen Energiepreise drohende Deindustrialisierung zu vermeiden. Auch die „grüne Transformation“ der Wirtschaft bringe Probleme mit sich, die eine übergreifende Zusammenarbeit innerhalb Europas erfordern würden. Einerseits gäbe es auf wirtschaftlicher Ebene bereits eine gut funktionierende Zusammenarbeit, gerade Deutschlands und Polens. Andererseits spiegele sich dies aber (noch) nicht im gesellschaftlichen Bereich wieder.

*„Der Krieg ist ein Weckruf an uns alle. Wir haben heute die Chance, enger zusammenzurücken - Stichwort „Autonomie Europas“. Wir haben diesen Wirtschaftsraum China, wir haben den Wirtschaftsraum Nordamerika. Wir haben den Wirtschaftsraum Europa, der aber nicht homogen ist, was ein Nachteil ist. Durch den jetzigen Weckruf und den Druck durch den Krieg aben wir eine Chance, dass wir die Heterogenität aufnehmen und die Dinge zusammenführen.“*

*Hans-Georg Frey*



*„Ich arbeite jeden Tag praktisch mit Polen. Man müsste sagen, dass die Integration an sich stattgefunden hat. (...) Aber der Schritt, dass man die deutsch-polnischen Beziehungen unerschwinglich stärkt, ist nie nachgeholt worden. Ich würde mir sehr wünschen, dass es zum Beispiel eine polnisch-deutsche Achse gäbe. Die wäre total naheliegend für die Architektur des Friedens in Europa.“*

*Sigrid Evelyn Nikutta*



Die Teilnehmenden richteten den Blick auch auf Perspektiven eines Wiederaufbaus der Ukraine. Deutschland werde sich stark engagieren wollen. Wichtig sei hier eine frühzeitige Abstimmung zwischen den Akteuren. Hamburg könne einen Beitrag dafür leisten.

*„Mit anderen großen Städten tauscht sich Hamburg traditionell aus. Wenige Wochen nach Kriegsbeginn kam der Austausch mit Kyiv hinzu. Auf dieser Ebene kann der Wiederaufbau jetzt schon vorbereitet werden; auch wenn der Krieg noch nicht vorbei ist, können Themen wie etwa Infrastruktur, Mobilität, Herausforderungen von Transformationen jetzt schon aufgegriffen werden.“*

*Almut Möller*

Beim Abendessen wurde der Fokus auf die mediale Rezeption des Krieges und seiner Folgen gelegt. Die Teilnehmenden diskutierten dabei intensiv über die Rolle „der Medien“ in Bezug auf die Frage der Befürwortung oder Ablehnung von Waffenlieferungen an die Ukraine. Wiederum kam die Debatte zurück auf die polnische Perspektive und die Auswirkungen der Berichterstattung im Nachbarland auf die politische Zusammenarbeit.

*„Der Austausch (gesellschaftlich, wirtschaftlich) – das läuft. Politisch ist es schwieriger. Es hat da Bewegung bei den Deutschen gegeben. Aber Sorgen bereitet mir die mediale Berichterstattung in Polen.“*

*Anna Engelke*

## Ausblick

Wir erleben einen grundlegenden geopolitischen Wandel in Europa. Sein Ausgang ist offen, aber ein Zurück zu dem „Status quo ante“ ist undenkbar. Die östlichen und nordischen EU- und NATO-Länder werden in der Transformation Europas eine größere Rolle spielen. Ohne oder gar gegen Deutschland werden sie aber die Last der Verantwortung nicht tragen können. Aber auch die Bundesrepublik braucht diese Länder mit ihrer Kompetenz und ihrem Potenzial. In der Wahrnehmung der Sicherheit hat zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn eine beachtliche Annäherung stattgefunden. Es gibt keine rationale Begründung mehr für ein deutsch-russisches Sonderverhältnis. Es gibt keine „deutsche Frage“, für deren Lösung man Russland bräuchte. Deutschland ist frei und vereint. Polen, das größte unter den östlichen Nachbarn der Bundesrepublik, hat gute Gründe, Deutschlands Irrtümer in der Russlandpolitik nicht so schnell zu vergessen. Doch Polen hat noch bessere Gründe, gerade wegen seines gewachsenen Gewichts die Chance einer neuen Partnerschaft mit Deutschland nicht abzulehnen. Emotional ist das nicht einfach, was man in Deutschland verstehen sollte. Politisch ist das absolut unentbehrlich, was auf der polnischen Seite anerkannt werden müsste. Es wäre zu begrüßen, wenn die Stiftung den skizzierten europa- wirtschafts- und sicherheitspolitischen Herausforderungen auch in Zukunft Aufmerksamkeit widmen würde.

**Janusz Reiter**

Botschafter a. D.





## **Anl. 1: Kurzbiografien der Teilnehmenden – Schmidt-Gespräch 1 / 2023**

### **Anna Engelke**

Frau Engelke ist eine Journalistin. Sie berichtete für den NDR viele Jahre als Korrespondentin aus Bonn, Berlin und Washington. Einer ihrer Schwerpunkte ist Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Von März 2017 bis März 2022 war sie vom NDR freigestellt und arbeitete als Sprecherin von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Seit November 2023 ist sie einer der Hosts des NDR-Podcasts Streitkräfte und Strategien.

### **Hans-Georg Frey**

Herr Frey ist Volljurist mit MBA-Abschluss. Er war von 2007 bis 2019 Vorsitzender des Vorstandes in der Jungheinrich AG, seitdem ist er Vorsitzender des Aufsichtsrates und des Personalausschusses. Von 2014 bis 2020 war er Vorsitzender des Ostasiatischen Vereins. Außerdem ist der langjährige Unternehmensberater Mitglied in weiteren Aufsichtsräten und Kontrollgremien.

### **Metin Hakverdi**

Der Hamburger Bundestagsabgeordnete Hakverdi ist Volljurist und seit 2002 Mitglied der SPD, zunächst in der Hamburger Landespolitik, ab 2013 als Mitglied des Deutschen Bundestages. Er ist Obmann im Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union und Ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss sowie im Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union des Deutschen Bundestages. Zudem ist er Stellvertretendes Mitglied u. a. im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

### **Barbara Hans**

Frau Dr. Hans ist Professorin für Medien- und Kulturmanagement an der Hochschule für Musik und Theater Hamburg. Die Kommunikationswissenschaftlerin arbeitete und forschte an den Universitäten Hamburg, Münster, Sussex und an der Columbia University in New York unter anderem zu den Themen Vertrauen und Politik. Bei SPIEGEL ONLINE und dem SPIEGEL war sie als Redakteurin, Reporterin, Ressortleiterin und Chefredakteurin tätig. Das Medium Magazin zeichnete sie 2017 als Chefredakteurin des Jahres aus.

### **Stefan Herms**

Herr Herms ist stellvertretender Vorstand und Geschäftsführer der Helmut und Loki Schmidt-Stiftung. Nach rechtswissenschaftlichem Studium und Staatsexamina war er u.a. in Wissenschafts- und Forschungsverwaltung auf Bundes- und Landesebene tätig und schließlich über viele Jahre Leiter des zur Senatskanzlei Hamburg gehörigen Staatsamts. In dieser Funktion war er zuständig für die Europapolitik des Senats, Hamburgs Städtepartnerschaften und weitere Themen der internationalen Zusammenarbeit.

### **Oliver Kohl**

Herr Generalmajor Kohl ist seit 2018 Kommandeur der Führungsakademie der Bundeswehr. Zuvor war der studierte Pädagoge neben zahlreichen Führungsverwendungen in der Truppe unter anderem Leiter des Aufstellungsstabs / Chef des Stabes Ausbildungskommando sowie Referent und später Referatsleiter im Bundesministerium der Verteidigung. Er war Teil der UN-Friedenstruppe für eine Friedensmission in Bosnien und Herzegowina sowie der ISAF-Mission in Afghanistan.

### **Markus Kotzur**

Herr Prof. Dr. Kotzur, LL.M. (Duke Univ.) ist Prodekan für Internationales und Forschung sowie Professor für Europa- und Völkerrecht an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg. Der Volljurist, der auch Präsident des Europa-Kollegs ist, übernimmt regelmäßig Gastdozenturen und Vortragstätigkeiten im In- und Ausland. Er ist Mitherausgeber des Archivs des Völkerrechts.

### **Katja Marx**

Frau Marx ist Programmdirektorin des NDR. Seit 2022 verantwortet sie den Geschäftsbereich I in der crossmedialen Programmdirektion des NDR, nachdem sie zuvor zwei Jahre NDR Hörfunkdirektorin war. Sie studierte Politikwissenschaften und Slawistik bevor sie die Deutsche Journalistenschule in München absolvierte und u.a. als Reporterin für Die ZEIT sowie als Redakteurin, Moderatorin und Korrespondentin beim SDR / SWR tätig wurde. Sie war viele Jahre Hörfunk-Chefredakteurin beim Hessischen Rundfunk in Frankfurt und Programmchefin des Radioprogramms hr-iNFO.

### **Almut Möller**

Frau Möller ist seit Oktober 2019 Staatsrätin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten. Zuvor war die Politikwissenschaftlerin Freie Publizistin und Analystin sowie Leiterin des Alfred von Oppenheim- Zentrums für Europäische Zukunftsfragen der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP e. V.) und Leiterin des European Council on Foreign Relations (ECFR) Berlin.

### **Sigrid Nikutta**

Dr. Nikutta ist seit dem 1.1.2020 Vorstand Güterverkehr der Deutschen Bahn AG und gleichzeitig Vorstandsvorsitzende der DB Cargo AG. Die DB Cargo ist als Europas größte Güterbahn in 17 Ländern aktiv und bildet mit ihren 30.000 Mitarbeiterinnen das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. Zuvor war sie fast zehn Jahre lang Vorstandsvorsitzende der Berliner Verkehrsbetriebe. Von 1996-2010 war sie bei der DB AG in verschiedenen Leitungsfunktionen tätig. Dr. Sigrid Nikutta studierte Psychologie und promovierte 2009 an der LMU München. Sie ist im Präsidium des Verbands der Berliner Kaufleute und Industriellen (VBKI), Vorsitzende des Kuratoriums des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) sowie Aufsichtsratsmitglied der Knorr-Bremse AG.

### **Janusz Reiter**

Herr Reiter war 1990 bis 1995 Botschafter Polens in Deutschland und 2005 bis 2007 Botschafter Polens in den USA. Der studierte Germanist spielte eine besondere Rolle für die Neuausrichtung der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges. Herr Reiter ist Präsident und Gründer des Center for International Relations, einem unabhängigen Think-Tank in Warschau. Er erhielt 1995 das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Bundesverdienstkreuzes. Der frühere Journalist ist weiterhin Autor zahlreicher Bücher und schreibt regelmäßig für polnische und internationale Zeitungen, u.a. FAZ und Wall Street Journal.

### **Anna Sauerbrey**

Frau Dr. Sauerbrey ist promovierte Historikerin und gehörte der Chefredaktion des «Tagesspiegel» an, bevor sie 2022 ins Politikressort der «Zeit» wechselte. Sie ist dort zuständig für die Koordination der Außenpolitik. Für die «New York Times» schreibt sie regelmäßig über Deutschland. In der Kategorie «Beste Regional-Chefredakteure» wurde Anna Sauerbrey als Journalistin des Jahres 2019 ausgezeichnet.

### **Detlev Wösten**

Herr Wösten ist Chief Sustainability Officer der H&R GmbH & Co. KGaA. U. a. führt er die Joint Ventures der H&R Gruppe im Bereich Energie, Wasserstoff sowie Power-to-Liquids. Das Unternehmen der Spezialchemie ist in der Entwicklung und Herstellung chemisch-pharmazeutischer Spezialprodukte auf Rohölbasis und in der Produktion von Präzisions-Kunststoffteilen tätig. Herr Wösten ist Diplom-Ingenieur für Energie- und Verfahrenstechnik und Betriebswirt. Er ist Vorstandsmitglied des Industrieverbands Hamburg. Seit 2016 gehört er dem Vorstand des Verbandes der chemischen Industrie Landesverband Nord (VCI Nord) an. Seit 2018 ist er der Vorsitzende.

**Anl. 2: Textempfehlungen zum Schmidt-Gespräch 1/2023**

**R. Nickel**

Gemeinsam sind wir stärker: Die Chancen der deutsch-polnischen Beziehungen;  
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., 27.2.2023

**M. Klein (Koord.)**

Was die Aussicht auf einen längeren Krieg für Russland, die Ukraine und Belarus  
bedeutet; Stiftung Wissenschaft und Politik, 20.2.2023

**C. Schmücker, K. Kober**

A Turning Point für EU Trade Policy after the Russian Aggression?;  
Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, 23.2.2023

**B. Sendhardt**

Polen-Analysen: Polen und der Globale Osten; Länder-Analysen, 21.2.2023

**J. Reiter**

Interview: Es gibt ein deutsches Wunschdenken im Umgang mit Russland;  
Deutschlandfunk, 28.5.2022

**J. Reiter**

Interview; Die Welt, Oktober 2014

**W. Ischinger**

Russland hat den ökonomischen Krieg verloren; Handelsblatt, 9.3.2023

## Impressum

**Helmut und Loki Schmidt-Stiftung**  
Neubergerweg 80 · 22419 Hamburg  
info@helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de  
www.helmut-und-loki-schmidt-stiftung.de

## Fotos

Hermann Jansen, [www.hermannjansen.de](http://www.hermannjansen.de)  
Oliver Franke, [www.foto-oliverfranke.de](http://www.foto-oliverfranke.de)

## Öffentlichkeitsarbeit

Katja Wohlers

## Audiotechnik

Triolution GmbH, [www.triolution.de](http://www.triolution.de)

## Transkription

Ute Knutz Personal- & Korrespondenzbuero, [korresp@t-online.de](mailto:korresp@t-online.de)

## Gestaltung & Satz

Strandgut GmbH, [www.strandgut-werbung.de](http://www.strandgut-werbung.de)

